



# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

21. April 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Ergebnis kann sich sehen lassen: **Klaus Peter Schellhaas ist am Sonntag mit 65% der Stimmen erneut zum Landrat für den Landkreis Darmstadt-Dieburg gewählt worden.** Er startet seine zweite Amtszeit mit einem Stimmenzuwachs von 10 % gegenüber 2009 - wenn das kein Beleg dafür ist, dass er seine Sache gut gemacht hat! Herzlichen Glückwunsch und auf weitere 6 Jahre guter Zusammenarbeit! Ein herzlicher Glückwunsch geht auch an **Christel Sprößler**, die am Sonntag als **Bürgermeisterin von Roßdorf** bestätigt wurde – und ein großer Dank geht an alle, die im Wahlkampf mitgeholfen haben!

Das Wochenende hat aber nicht nur gute Nachrichten gebracht. **Wieder haben sich im Mittelmeer mit dem Tod hunderter Menschen Katastrophen abgespielt.** Wir müssen jetzt sofort Wege finden, die Menschenhändler zu stoppen, die die Not der Flüchtlinge zu Geld machen - inzwischen ist das Schlepperunwesen ein Teil der organisierten Kriminalität. Und wir brauchen eine umfassende zivile Seenotrettungsmission. Natürlich muss langfristig die Situation der Menschen in den Herkunftsländern verbessert werden – aber es wäre verantwortungslos und herzlos, sich auf dieser Erkenntnis auszuruhen. Ich bin froh, dass sich die EU-Außen- und Innenminister schon gestern bei einem Krisentreffen u.a. auf eine Verdoppelung der Mittel für die Seenotrettung verständigt haben. Donnerstag wird der Rettungsplan den Staats- und Regierungschefs bei einem Sondergipfel vorgelegt.

Vielleicht sehen wir uns ja schon am Freitagabend zur Eröffnung der Frühjahrmess' im Biergarten der Familie Salm? Ich würde mich freuen!

Eine gute Woche wünscht

+++ Auftaktveranstaltung+++

Wege zu einer menschenwürdigen Pflege

In den kommenden Jahren steigt die Zahl der Menschen, die auf fremde Hilfe angewiesen sind, stark an. Und oft wird vergessen: **Pflege geht uns alle an**, auch junge Menschen können pflegebedürftig werden. Die SPD AG 60plus-Darmstadt möchte mit mehreren Veranstaltungen dafür sensibilisieren und die Missstände diskutieren. Es geht los am **Freitag, 24. April 2015 um 16.30 Uhr im Vortragssaal des Staatsarchives am Karolinenplatz, Darmstadt**

Mit: Dr. G. Offczors, Richter a.D. am Sozialgericht Darmstadt; E. Steinfeld, Leiter der AWO-Seniorenanlage Roßdorf; Prof. Dr. G. H. Nielsen, Ev. Hochschule Darmstadt. Einführung und Moderation: Brigitte Zypries. [Infos](#)



**+++ Veranstaltungstipp +++  
Frühjahrmess'**

Vom 24. April bis zum 4. Mai findet wieder die traditionelle Frühjahrmess' auf dem Darmstädter Messplatz statt. Dabei gibt es auch in diesem Jahr den „Dippe- und Gewürzmarkt“.

Freitag 24. April: **13 Uhr Gottesdienst** und um **18 Uhr Bieranstich** und Eröffnung im Biergarten der Familie Salm.

Dienstag, 28. April: **Familiertag** mit halben Fahr- und Eintrittspreisen, sowie Sonderangebote an allen anderen Ständen.

Donnerstag, 30. April: **Happy Donnerstag** mit Angeboten, die aus dem Darmstädter Tagblatt ausgeschnitten werden müssen.

Und am Montag, 4. Mai ist um **22 Uhr** das große **Abschluss-Feuerwerk!**

Geöffnet ist täglich 13:30 bis 22:30 Uhr (Imbissbetriebe ab 11:30).

**Größtes Entlastungspaket für Kommunen seit Jahrzehnten**

Am Donnerstag beginnt die Bundestagssitzung mit der Beratung des Gesetzentwurfs zur „Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“. Langer Name – und viel drin: Hinter dem umständlichen Titel verbergen sich ein **kommunales Investitionsprogramm** in Höhe von 3,5 Mrd. Euro, die **Erhöhung der Entlastung der Kommunen** von 1 Mrd. Euro auf 2,5 Mrd. Euro im Jahr 2017 und die **Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung der gestiegenen Flüchtlingszahlen** mit jeweils 500 Millionen Euro in den Jahren 2015 und 2016. **Zusätzlich zu den bereits angekündigten 10 Mrd. Euro für Investitionen in Deutschland stehen dann also noch einmal 5 Mrd. Euro für finanzschwache Kommunen zur Verfügung.** Auf Hessen entfallen ca. 10 Prozent der Mittel.

Die Bundesländer legen selbst fest, welche Kommunen sie als finanzschwach definieren. Die Mittel können sie über eigene Programme weitergeben, z. B. in diesen Bereichen:

1. Investitionen mit dem Schwerpunkt Infrastruktur (Krankenhäuser, Lärmschutz Straßen, Informationstechnologie, energetische Sanierung Infrastruktur)
2. Investitionen mit dem Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur (Kitas, energetische Sanierung von Schulen und anderen Weiterbildungseinrichtungen)
3. Investitionen mit dem Schwerpunkt Klimaschutz

Diese Stärkung der Kommunen ist gut! **So große Entlastungen für die Kommunen hat es seit Jahrzehnten nicht gegeben.** Sie ist aber auch enorm wichtig: Überall in Deutschland müssen die Menschen Lebensverhältnisse vorfinden, die ihnen gleiche Chancen bieten – „gleichwertige Lebensverhältnisse“ heißt das im Grundgesetz. Wir wollen, dass alle Kommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern die Versorgung bieten können, die sie zu Recht erwarten: gute Schulen, intakte Straßen, schnelle Internetverbindungen und vieles mehr.

Das Gesetz soll noch vor der Sommerpause von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden. Den Entwurf kann man [hier](#) herunterladen.



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin*

*Bilder:  
Daniel Becker*

### Ergebnis der Fraktionsklausur: Alleinerziehende entlasten

Die Familienmodelle in Deutschland ändern sich, **rund 20 Prozent aller Familien bestehen mittlerweile aus einer alleinerziehenden Mutter oder einem alleinerziehenden Vater und deren Kindern.** Dass auch der Gesetzgeber diese Entwicklung berücksichtigen muss, ist selbstverständlich. Ein Schritt in die richtige Richtung wurde nun getan:

Bei der Klausursitzung der Fraktionsspitzen von SPD und Union **am letzten Donnerstag wurde beschlossen, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende um 600 Euro zu erhöhen: von 1308 Euro auf 1908 Euro.** Um alleinerziehenden Eltern mit mehreren Kindern zu helfen, sehen wir vor, für jedes weitere Kind den Entlastungsbetrag um jeweils 240 Euro zu erhöhen.

Damit versuchen wir, erwerbstätigen Alleinerziehenden die Unterstützung zu geben, die sie verdienen. Das oft vergleichsweise niedrige Einkommen und das hohe Risiko, in die Armut zu rutschen oder aus ihr nicht herauszukommen, sind für diese Gruppe statistisch erwiesen. Dazu kommt, dass Alleinerziehende überdurchschnittlich viel schultern müssen: **arbeiten gehen, Kinder aufziehen, Haushalt schmeißen, die Verantwortung tragen – was Elternpaare sich teilen können, tun sie allein.** Alleinerziehende Eltern müssen außerdem auch noch häufig hohe Kinderbetreuungskosten bezahlen, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. **90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen.**

Wir haben seit langem gefordert, den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende deutlich anzuheben und das auch in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt. Diese Erhöhung steht auch wirklich an: Während Kinderfreibetrag und Kindergeld in den letzten elf Jahren um 23 Prozent gestiegen sind, hat sich der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende nicht verändert.

Umgesetzt werden soll die Regelung rückwirkend zum 1. Januar 2015 im Rahmen des „Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags“, dessen Entwurf am Donnerstagnachmittag in den Bundestag eingebracht wird.

Neben den finanziellen Verbesserungen für Alleinerziehende enthält es **Entlastungen für alle Familien: Unter anderem soll der Grundfreibetrag 2015 um 118 Euro und 2016 um 180 Euro erhöht werden und das Kindergeld leicht steigen.**